

CCS WORKING PAPERS N^o.1

JOHANNES M. BECKER, PETER IMBUSCH,
LARS SCHMITT, JOST STELLMACHER, ULRICH WAGNER

DIE PROTESTE IN FRANKREICH 2005

INTERDISZIPLINÄRE PERSPEKTIVEN DER KONFLIKTFORSCHUNG



CCS WORKING PAPERS

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg
Prof. Dr. Ulrich Wagner | Prof. Dr. Mathias Bös | PD Dr. Johannes M. Becker

ISSN: 1862-4596

Verantwortliche Redakteure: André Bank und Cordula Dittmer

Satz & Layout: Steffen Rein

© 2006, Zentrum für Konfliktforschung

CCS Working Papers sind kostenlos verfügbar unter www.uni-marburg.de/konfliktforschung/working-papers

REDAKTION

André Bank
Jan Bernhardt
Cordula Dittmer
Kai Hebel
Samuel Salzborn
Katja Schäfer
Stefanie Schuller
Kerstin Zimmer

KONTAKT:

Zentrum für Konfliktforschung
Philipps-Universität Marburg
Ketzerbach 11
35032 Marburg
Telefon: 0 64 21 / 28 24 444
konflikt@staff.uni-marburg.de
www.uni-marburg.de/konfliktforschung

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	4
Die Autoren	5
Executive Summary	6
<i>Peter Imbusch</i> Die Proteste in Frankreich – einige einleitende Überlegungen	8
<i>Johannes M. Becker</i> Frankreichs Vorstädte brennen wieder – eine Analyse in acht Schritten	11
<i>Lars Schmitt</i> Wie ausgeschlossen muss man sein um zu protestieren? Sozialer Protest und seine Voraussetzungen	17
<i>Ulrich Wagner/Jost Stellmacher</i> Makroprobleme und konkretes Verhalten oder: Wie kommt die Krise des Sozialstaats in den Molotowcocktail?	22
<i>Peter Imbusch</i> Französische Zustände Verstehen – ein Resümee der Proteste	25

EDITORIAL

Die Working-Paper-Reihe des Zentrums für Konfliktforschung wird mit dem vorliegenden Beitrag zu den Protesten in Frankreich (Oktober/November 2005) eröffnet. Es entstand als Folge eines Teach-Ins des Zentrums für Konfliktforschung, welches im November 2005 an der Philipps-Universität Marburg stattfand. Im Unterschied zu den folgenden Working-Papers vereint es daher feuilletonistische und wissenschaftliche Erklärungsangebote aus politikwissenschaftlicher, soziologischer und sozialpsychologischer Sicht.

In den kommenden Ausgaben der Working-Paper-Reihe werden aktuelle wissenschaftliche Forschungsprojekte und -ansätze aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt. So werden Mathias Bös und Kai Hebel aktuelle religiöse Entwicklungen in den USA und Europa vergleichen, Peter Imbusch die gesellschaftliche Funktion sozialer Konflikte erörtern und Lars Schmitt den Habitus-Struktur-Konflikt als Ansatz zur Systematisierung des Verhältnisses von Konflikten zu symbolischer Gewalt vorstellen.

Ziel der Reihe ist es, die verschiedenen interdisziplinären Zugänge zu Konflikten aufzuzeigen und sowohl inner- als auch außeruniversitär bekannt zu machen.

Eine inhaltliche Orientierung geben die sechs Forschungsschwerpunkte des Zentrums für Konfliktforschung: Normkonflikte und Normbildung, Gewaltforschung, Intergruppenkonflikte, Interdisziplinäre Theoriebildung, Trans- und internationale Konflikte und Konfliktregelung, wobei sowohl theoretisch-konzeptionelle als auch praxisorientierte Beiträge, „work-in-progress“-Papiere wie Ergebnisdarstellungen veröffentlicht werden.

Die Redaktion

André Bank
Jan Bernhardt
Cordula Dittmer
Kai Hebel
Samuel Salzborn
Katja Schäfer
Stefanie Schuller
Kerstin Zimmer

DIE AUTOREN

Johannes M. Becker, geb. 1952, PD Dr., ist Frankreichforscher und Koordinator am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. E-Mail: jbecker@staff.uni-marburg.de

Peter Imbusch, geb. 1960, PD Dr., vertritt eine Professur für Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. E-Mail: imbusch@staff.uni-marburg.de

Lars Schmitt, geb. 1972, Dipl. Soz., ist Bewegungs- und Protestforscher und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. E-Mail: schmitt5@staff.uni-marburg.de

Jost Stellmacher, geb. 1967, Dr., Dipl. Psych., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Sozialpsychologie am Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität Marburg. E-Mail: stellmac@staff.uni-marburg.de

Ulrich Wagner, geb. 1951, Prof. Dr., ist Professor für Sozialpsychologie an der Philipps-Universität Marburg und Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Konfliktforschung. E-Mail: wagner1@staff.uni-marburg.de

– EXECUTIVE SUMMARY –

Die Proteste in den französischen Vorstädten im Oktober/November 2005 kamen für viele in Art, Ausmaß und Intensität überraschend. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass sich in den großen Städten Frankreichs schon seit geraumer Zeit in den sog. *banlieues* eine hochexplosive Mischung sozialer Probleme zusammenbraut, für die es nur noch geeigneter Anlässe bedarf, damit diese gewaltsam eskalieren.

Im vorliegenden working paper soll aus verschiedenen disziplinären Perspektiven (Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie) auf die Proteste geschaut und ihre wichtigsten Aspekte analysiert werden. Peter Imbusch wirft einfürend einige der mit den Protesten immer wieder auftauchenden Fragen auf, deren Beantwortung Gegenstand der nachfolgenden Beiträge ist. Johannes M. Becker benennt die

Faktoren, die Ausbruch und Verlauf der Proteste bestimmt haben. Lars Schmitt verdeutlicht sodann die Bedingungen der Möglichkeit für das Entstehen einer Protestbewegung und stellt die Formierung einer solchen Bewegung als einen äußerst voraussetzungsreichen Prozess dar. Ulrich Wagner und Jost Stellmacher loten schließlich die mikrosoziologischen und sozialpsychologischen Aspekte aus, die Protestbewegungen Identität und Zusammenhalt bescheren und damit erst zielgerichtetes Handeln als Gruppe ermöglichen – oder eben auch nicht ermöglichen. Abschließend resümiert Peter Imbusch die Debatten mit einer konfliktsoziologischen Einbettung v.a. im Hinblick auf die Ursachen der Proteste und die Möglichkeiten eines Übergreifens auf Deutschland.

The violent protests in the French suburbs in October/November 2005 surprised many observers in their form, magnitude and intensity. On closer examination, however, it becomes obvious that an explosive mixture of social problems had been accumulating in the so-called *banlieues* of France's big cities for a fairly long time – circumstances under which violent escalations only require the adequate occasions.

The working paper examines the protests in France from different disciplinary perspectives (political science, sociology, social psychology) and analyzes their central aspects. In the introduction, Peter Imbusch raises some of the recurring issues regarding the protests, which are being dealt with in more detail in the subsequent contributions. Johannes M. Becker specifies the factors which determined the outbreak and course of the protests. Lars Schmitt thereafter clarifies

the conditions allowing for the emergence of a protest movement. He characterizes the development of such a movement as a process in which many preconditions must be fulfilled. Ulrich Wagner and Jost Stellmacher then fathom the micro-sociological and social-psychological aspects which only by bestowing protest movements with identity and cohesion allow for goal-oriented behavior as a group. In the conclusion, Peter Imbusch summarizes the different arguments in a conflict sociological perspective in view of the causes underlying the protests as well as the potentialities of an encroachment on Germany.

DIE PROTESTE IN FRANKREICH 2005

INTERDISZIPLINÄRE PERSPEKTIVEN DER KONFLIKTFORSCHUNG

I. Die Proteste in Frankreich – einige einleitende Überlegungen

Peter Imbusch

Die im Herbst 2005 in den Vorstädten von Paris und anderen französischen Großstädten ausgebrochenen Proteste haben in ihrer Intensität selbst Kenner Frankreichs überrascht, da sie zumindest zu diesem Zeitpunkt so nicht erwartet worden waren. Das lag nicht nur daran, dass die soziale Situation in den *banlieues* schon seit langem angespannt und das damit verbundene soziale Problem bekannt ist, sondern auch daran, dass man nicht erwartete, dass ein kleiner Funke genügen würde, um einen derartigen Flächenbrand auszulösen.

Folgende Kennzeichnung liest sich wie eine aktuelle Zustandsbeschreibung der Situation:

„Statt Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gibt es für ‚banlieusards‘, das Vorortvolk, Elend, Resignation und Isolation ... Frankreich hat eine ganze Generation verloren. Im tristen Zustand der Außenbezirke lebt eine entwurzelte Jugend, die sich ziellos herumtreibt. Die, die in den cités der banlieue existieren, haben den Zug verpasst, der vielleicht nie vorbei gekommen ist ... Ihr Protest ist vorgezeichnet.“

Diese Textpassage stammt aus einem Buch von François Maspéro, der in „Roissy Express“ schon 1990 weitsichtig auf die dauerhafte Tristesse der Vorstädte und das entsprechende Konfliktpotenzial hinwies, als er von seiner „Reise in fremde Welten“ nur wenige Kilometer vom Pariser Stadtzentrum entfernt zurückkehrte. Seit der Entstehung der unwirtlichen Trabantenstädte war es immer wieder zu meist partiellen und temporären Protesten gekommen, die sich mit der veränderten sozialstrukturellen Zusammensetzung dieser Vorstädte im Laufe der Jahre zuspitzten (Dubet/Lapeyronnie 1994).

Die allabendlich über die Bildschirme flackernden Bilder von brennenden Autos, Schulen und anderen Gebäuden suggerierten diesmal einen wahren Flächenbrand, der zwischenzeitlich auch beträchtliche Wirkungen in den

Nachbarländern zeitigte und dort ernsthafte Beunruhigungen auslöste. Sie warfen zudem eine ganze Reihe von Fragen auf:

Sind die Proteste lediglich ein hell aufflackerndes Strohfeuer oder ein dauerhaftes Phänomen? Könnten sie eventuell erst die Vorzeichen eines Aufruhrs sein, der alle bisherigen Entwicklungen in den französischen Vorstädten in den Schatten stellt?

Handelt es sich bei den jugendlichen Protestierern um anomische Gruppen oder lassen sich Strukturen und Organisationen hinter den einzelnen Banden erkennen?

Was genau treibt die Jugendlichen zu ihren zerstörerischen Aktionen? Ist es willkürlicher Hass, der vor nichts mehr Respekt hat und keine Ideologien mehr braucht – wie André Glucksmann (2005) jüngst gemeint hat – oder lassen sich die Proteste auf soziale Deprivationserfahrungen oder soziale Desintegrationsprozesse (Heitmeyer 1997a, 1997b) zurückführen? Zeigen sich hier sinnlose Zerstörung und Nihilismus oder ein berechtigter Protest auf Grund von Segregation, Ausgrenzung und Marginalisierung? Protestieren hier der Mob, der Abschaum oder Ganoven – kurz die „racaille“, wie der französische Innenminister Sarkozy sagte – oder sind es nicht gerade Proteste jener Gruppen, die Opfer neoliberaler Modernisierungsstrategien geworden sind? Ist Paris nicht ein Menetekel für das, was Hans Magnus Enzensberger vor einigen Jahren einmal in einer Art anthropologischer Letztbegründung als den „molekularen Bürgerkrieg“ (Enzensberger 1993) bezeichnet hat? Sind die Jugendlichen vielleicht – so seine letzten Wortschöpfungen – „radikale Verlierer“ (Enzensberger 2005), die zu allem fähig sind, weil sie nichts mehr zu verlieren haben? Oder protestieren dort nicht vielmehr jene Gruppen, die neusoziologisch als Exkludierte und Überflüssige betitelt werden (Die Überflüssigen o.J.) und die Opfer der letzten Stufe der Metamorphosen der sozialen Frage geworden sind? „Massenarbeitslosigkeit, prekäre

re Beschäftigungsverhältnisse, die Unangemessenheit der klassischen Systeme sozialer Sicherung zum Schutz vor diesen Risiken, eine zunehmende Zahl von Menschen, die in der Gesellschaft als Überzählige, Nicht-Beschäftigte, Erwerbslose oder prekär und nur zeitweilig Beschäftigte leben“ – so die Diagnose Castels (2000: 11). Das „Elend der Welt“ ist schon lange nicht mehr nur ein Phänomen brasilianischer *favelas*, sondern auch zu einem handfesten Problem Europas geworden (Bourdieu 1993).

Haben die Unruhen nicht auch einen religiösen Bezug, müssen sie nicht gar im Kontext eines globalen Kulturkonflikts zwischen dem okzidentalen Rationalmodell westeuropäischer Prägung und dem vermeintlich per se gewaltbereiten Islam gesehen werden, sind es doch überwiegend junge Muslime gewesen, die protestierend zur Tat geschritten sind? Welche Rolle spielt also die Religion, etwa ein politisierter Islam, in diesem Konflikt?

Was bedeuten die sozialen Proteste für die soziale Integration nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern (Heitmeyer/Imbusch 2005)? Sind deren Integrationsperspektiven nicht allesamt gescheitert und muss nicht grundsätzlich umgedacht werden, um gegenwärtige und zukünftige Migrationskohorten überhaupt noch integrieren zu können? Vielleicht fügen sich die Unruhen in Frankreich in eine Reihe mit den *riots* in Großbritannien, dem Zusammenbruch des multikulturellen Modells in den Niederlanden oder den Flüchtlingskatastrophen in Spanien ein, die sich ein ums andere Mal in „Moralpaniken“ (Mak 2005) übersetzt haben und die von tiefer Verunsicherung und Identitätskrisen der Mehrheitsgesellschaften zeugen.

Wie steht es mit dem Protestpotenzial in den städtischen Problemzonen Deutschlands? Auch in Deutschland gibt es „abgehängte“ Stadtteile und soziale Brennpunkte. Zwar gibt es hierzulande keine Slums wie in den USA, dennoch könnten die französischen Vorstädte als Vorboten für Situationen, die so oder ähnlich auch bald in Deutschland anzutreffen sein könnten, dienen.

Diese und ähnliche Fragen waren allerorten im Umfeld der Proteste und Unruhen in Frankreich zu vernehmen. Ursachenanalyse und Verstehen der Proteste tun also Not, wenn man die Proteste nicht nur repressiv bekämpfen und bis zu deren um so gewalttätigeren Wiederkehr unterdrücken will, sondern zumindest prospektiv auch menschlichere und lebenswertere Verhältnisse schaffen möchte. Es gibt also einen großen Erklärungsbedarf auf den vielen mit der Thematik verbundenen Baustellen. Über einige dieser Baustellen wollen wir in diesem working paper Klarheit gewinnen. Johannes M. Becker unternimmt in seinem Beitrag den politikwissenschaftlichen Versuch, den Hergang der Unruhen und seine Ursachen und Kontexte im

Überblick in acht Schritten zu analysieren. Lars Schmitt geht sodann in soziologischer Perspektive der Frage nach, unter welchen Bedingungen soziale Deprivation in gewaltsames Protestverhalten umschlägt, und analysiert die voraussetzungsreichen Prozesse für die Entstehung sozialer Bewegungen. Abschließend gehen die Sozialpsychologen Ulrich Wagner und Jost Stellmacher der Frage nach, welche psychologischen Prozesse zwischen strukturellen Bedingungen einerseits und den individuellen Handlungen andererseits vermitteln, damit Proteste überhaupt virulent werden. Abschließend werde ich die Proteste in die konfliktsoziologische Perspektive Dahrendorfs einrücken und resümierend danach fragen, was von den Protesten und ihrer großen medialen Öffentlichkeit bleibt.

Die vorliegenden Beiträge gehen auf eine Podiumsdiskussion zurück, die das Zentrum für Konfliktforschung aus Anlass der Proteste in Frankreich im November 2005 unter großer öffentlicher Beteiligung veranstaltete. Die damaligen Beiträge werden hier in überarbeiteter Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Literatur:

Bourdieu, Pierre (1993): *La misère du monde*, Paris.

Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.

Die Überflüssigen (o.J.): *Eine Kontroverse. Beiträge aus der Zeitschrift „Mittelweg 36“*, Hamburg.

Dubet, François/Didier Lapeyronnie (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart.

Enzensberger, Hans Magnus (1993): *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Frankfurt/M.

Enzensberger, Hans Magnus (2005): „Der radikale Verlierer“, in: *Der Spiegel*, 45, 7. November.

Glucksmann, André (2005): *Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt*, München.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997a): *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt/M.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997b): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Frankfurt/M.

Heitmeyer, Wilhelm/Peter Imbusch (Hg.) (2005): *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden.

Mak, Geert (2005): *Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte einer moralischen Panik*, Frankfurt/M.

Maspero, François (1990): *Roissy Express. Reise in die Pariser Vorstädte*, Freiburg.

Frankreichs Vorstädte brennen wieder – eine Analyse in acht Schritten

Johannes M. Becker

1. Was ist passiert in Frankreich?

Ende Oktober 2005 begann in einigen Pariser Vorstädten eine Serie von Gewalttaten, zunächst in aller Regel gegen Autos gerichtet.

Der *Auslöser* dieser Ereignisse war der Tod zweier Jugendlicher in Clichy-sous-Bois, die, als sie sich einer Polizeikontrolle zu entziehen versuchten, verfolgt und in ein Hochspannungsgebäude getrieben wurden. Kurz nach dem Beginn von Unruhen in Clichy schoss die Polizei mit Tränengas in eine Moschee. Die Aktionen der zumeist Jugendlichen weiteten sich rasch aus.

Als *mittelfristiger Verursacher* der sich rasch zu einem Flächenbrand entwickelnden Unruhen kann eine Verschärfung der Innenpolitik Frankreichs nach der Ernennung Nicolas Sarkozys zum Innenminister, als Nachfolger des zum Premier ernannten Dominique de Villepin, angesehen werden. Sarkozy erklärte zum einen am 5. Juli 2005 eine Kooperation mit Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien zur Intensivierung der Ausweisungspolitik gegenüber sog. „illegalen“ Immigranten, deren Zahl in der gesamten EU auf drei bis vier Millionen geschätzt wird. Zum Zweiten unternahm er im Sommer 2005 eine Rundreise durch die Pariser Vorstädte (*banlieues*), auf der er ankündigte, diese „von kriminellen Jugendlichen säubern“ zu lassen.

In der Spitze der gewalttätigen Bewegung wurden in einer Nacht über 1.400 Autos angezündet, dies in über 240 Städten Frankreichs. Anfang November 2005 kam ein 61-jähriger Rentner beim Versuch, einen in Brand gesteckten Mülleimer zu löschen, zu Tode.

2. Ist das Geschehene neu?

In ihrer Intensität sind die Ereignisse des Oktober/November 2005 neu, Jugendunruhen hat es in Frankreichs Vorstädten jedoch bereits des Öfteren gegeben. Auch Anfang der 1980er Jahre – François Mitterrand war gerade zum Staatspräsident gewählt worden – „brannten“ die Vorstädte von Lyon und Paris. Nach der Pariser Vorstadt Sarcelles (im Nordosten, jenseits von St. Denis) wurde seinerzeit eine Zivilisationskrankheit benannt: die *Sarcellitis*.

Hier leben Tausende von Menschen in anonymen und meist unansehnlich-unwirtlichen Hochhäusern.

Ein weiteres Indiz für eine latent angespannte Stimmung in Frankreichs Vorstädten: Bereits am 25. Oktober 2005 gab Innenminister Sarkozy bekannt, seit Jahresbeginn 2005 seien ca. 9.000 Polizeiwagen in Flammen aufgegangen oder auf andere Art zerstört worden (Jeismann 2005).

3. Welchen Charakter haben die Proteste?

Es handelte sich zu Beginn in erster Linie um spontan zusammengewinkelte Jugendliche, zumeist mit Migrationshintergrund, sei es maghrebischen oder schwarzafrikanischen Ursprungs. Das Gros dieser Jugendlichen ist im Besitz eines französischen Passes. Im Verlaufe der Aktionen erlangten diese in sich mehr Kontinuitäten, ohne jedoch je von einer übergreifenden Organisation geleitet zu werden. Kommunikation verlief häufig über kleinere E-Mail-Netzwerke oder über Handys. Der Charakter des Symbolischen sticht bei der Betrachtung der Ziele der Gewalt hervor: Autos als Zeichen des (nicht erreichbaren) Wohlstands; Schulen, Kindergärten und Busse als Symbole des Staates, der die Protestierenden von der Teilhabe ausschließt. Außer dem erwähnten Todesfall gilt:

„Keiner war gefährdet. Auch kein deutscher Fußballmillionär.¹ Gefährdet waren die randalierenden Jugendlichen selbst, die Polizisten, die Kameramänner und ein paar Menschen, die zufällig in eine ausbrechende Randalie gerieten“ (Götze 2005).

Dass die Gewaltakte auch eine Eigendynamik annehmen, liegt auf der Hand.

Bemerkenswert scheint auch – und dies unterscheidet die Lage in Frankreich von bspw. den Aufständen in Großbritannien und in den USA – dass die ethnischen Gruppen, die primär aus dem Maghreb und dem sub-saharischen Afrika stammen, sich *nicht gegeneinander* erheben, sondern in aller Regel *zusammen* auf die Straße gehen.

Zum Dritten ist bis heute keine Ideologie hinter der Bewegung erkennbar, sie trägt keine Banderolen, verteilt keine Flugblätter und versucht nicht, sich gegenüber weiteren

¹ Während der Zeit der Proteste fand ein Fußballländerspiel zwischen Frankreich und Deutschland in St. Denis in der Nähe der Unruhegebiete statt.

sozialen Gruppierungen zu öffnen. Einzig „Respekt“ wird gefordert. Hinter dieser Forderung steht das Einklagen des Versprechens der *égalité*, das von Seiten der Nation qua Einbürgerung in Frankreich gegeben wurde. „Das Geschehene hat Bewegungscharakter, ohne bereits eine soziale Bewegung zu sein“, wie es der Marburger Soziologe Mathias Bös bei der Pressekonferenz des Zentrums für Konfliktforschung am 10. November 2005 ausgedrückt hat.

4. Wo liegen die tieferen Ursachen der Unruhen?

Im Zentrum des Ursachengeflechts liegen die prekäre Wohnsituation der agierenden Jugendlichen sowie ihre Berufslage. Durch die Mietsteigerungen vor allem der vergangenen etwa drei Jahrzehnte in Frankreichs Innenstädten wurden – neben (und mit) den Manufakturen vielfältigster Art – auch einschlägige Bevölkerungsgruppen aus den Innenstädten verdrängt: eingebürgerte Immigrantinnen und Immigranten, mittellose Französinen und Franzosen, die teilweise mit der steigenden Massenarbeitslosigkeit in die Marginalität getrieben wurden, schließlich ein Großteil der illegalen EinwandererInnen.

Das Zentrum von Paris beispielsweise hat in den letzten drei Jahrzehnten ein Drittel seiner Bevölkerung auf heute ca. zwei Millionen Einwohner verloren, die *banlieue* hingegen ist auf circa zehn Millionen Menschen angewachsen. Hinzu kam die laufende Ansiedlung von Immigrantinnen und Immigranten in eben diesen Vierteln.

Zählte die Regierungsstatistik 1982 für Frankreich noch 22 *zones sensibles*, so betrug deren Zahl im Jahre 2002 bereits 1.500 (Wiegel 2005a). Eine massive Steigerung, die angesichts der auf die Vorstädte einprasselnden Problemlagen auf eine Vernachlässigung durch die öffentliche Hand schließen lässt.

Die herrschende Rechtsregierung schenkte den Vorstädten wenig Aufmerksamkeit: Zum einen wurde die staatliche Unterstützung lokaler Initiativen zurückgefahren, zum Zweiten kürzte der Staat im Budget für 2006 den Haushaltsansatz zur Haussanierung um 15 Prozent, zum Dritten wurde die lokale Polizei in vielen Orten durch die CRS (*Compagnies Republicaines de Sécurité*) ersetzt, die in Frankreich nicht den Ruf haben, sozial sonderlich einfühlsam zu agieren.

Die prekäre berufliche Lage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt als gravierender Faktor hinzu. An die 50 Prozent von ihnen sind ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Der französische Durchschnitt beträgt offiziell „nur“ 22 Prozent. Eine wesentliche Ursache für diese Lage liegt in den schwach ausgebildeten beruflichen Ausbildungsstrukturen. Anders als in Deutschland kennt Frankreich kein duales Ausbildungssystem, das die berufliche Ausbildung hierzulande verbindlicher macht und unter staatliche Kontrolle stellt.²

Zusammengefasst finden wir in den Vorstädten eine jugendliche „Problemgruppe“, die durch schlechte berufliche Perspektiven, eine schwierige Wohnsituation sowie eine weitreichende ethnische Segregation gekennzeichnet ist und die sich hierdurch innerhalb der französischen Gesellschaft in einer ohnehin wenig günstigen Position befindet: Soziologische Untersuchungen haben ergeben, dass ein junger Mensch mit maghrebinischem oder schwarzafrikanischem Hintergrund nur ein Fünftel der Chancen eines „eingeborenen“ Franzosen hat, einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz oder eine Wohnung zu finden (Walther 2006). Die prekäre Situation der Jugendlichen wird noch komplizierter, da auch ihre Elterngeneration überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen ist und als Projektionsfläche für eine bessere, zumindest planbare, Zukunft fortfällt.³

5. Was ist (noch) nicht passiert?

Bis heute ist noch keine erfolgreiche Vereinnahmung der Bewegung durch radikale Parteien zu erkennen, das Gleiche gilt für religiöse Gruppierungen. Im Gegenteil: Die am ehesten dafür in Frage kommenden islamischen Gemeinschaften riefen zur Beruhigung der Bewegung auf. Hierzu hat nicht unwesentlich die Einbindungsstrategie Innenminister Sarkozys gegenüber den islamischen Verbänden beigetragen:

„Seine Gespräche mit den führenden Mitgliedern des fundamentalistischen Verbandes UOIF (Union des Organisations Islamiques de France, J.M.B.) hatten zur Folge, dass die UOIF eine ‚Fatwa‘ gegen die Krawallmacher und Unruhestifter verhängte“ (Wiegel 2005b).

² Siehe hierzu „Deutsche Azubis auf den ersten Rängen. Ein Bericht von den 38. Internationalen Berufsweltmeisterschaften (IBW)“ vom 27.06.2005. www.worldskills.org.

³ Dies soll die Bedeutung weiterer Aspekte wie bspw. der „Krise der Männlichkeit“ als mögliche Konfliktursache in ihrer Bedeutung nicht abmindern (Brückner 2005).

Dem rechtsradikalen *Front National* (FN) dürfte die gesamte Bewegung à priori unsympathisch sein.

Zu diskutieren wäre auch die Rolle der US-Medien: Hier findet sich fast eine systematische Überzeichnung des Geschehens bis hin zu einem Vergleich mit Tschetschenien. In einzelnen Print-Medien findet sich Schadenfreude gegenüber Europa – in Erwartung einer eventuellen Schwächung des Konkurrenten.

6. Was tut die Regierung? Was fordert die Opposition?

Während Staatspräsident Chirac sich zehn Tage Zeit ließ, zur französischen Nation zu sprechen, reagierte seine Rechtsregierung unter de Villepin nach wenigen Tagen mit Repression. Hierbei ist eine Arbeitsteilung zwischen dem Regierungschef und seinem Innenminister zu erkennen.

Während de Villepin die Rolle des besonnenen Planers übernimmt, der Programme ankündigt und „Frankreichs Jugend“ zur Ruhe aufruft, sind die Aktionen Sarkozys von anderer Qualität. Der Innenminister, der übrigens zu Beginn der Rebellion die beiden ums Leben gekommenen Jugendlichen leichtfertig des Diebstahls bezichtigte, bezeichnet die marodierenden Jugendlichen wiederholt als „*voyous*“ („Gauner“) und „*racaille*“ („Pack“). Er forderte u.a., die Vorstädte „mit dem Kärcher-Schlauch“ zu reinigen und bestreitet keine Rede ohne Ankündigung kompromissloser Bestrafung der Übeltäter (o.Verf. 2005). Sarkozy nimmt eindeutig die Rolle des hart durchgreifenden *law and order*-Mannes ein. Nicht ohne Brisanz ist in diesem Zusammenhang die Konkurrenz de Villepins und Sarkozys bei der konservativen Kandidatenaufstellung für die für 2007 anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Hier stellt sich der Innenminister offenbar als Integrationsfigur auch für die auf immer noch auf circa 15 Prozent geschätzte Wählerklientel des Neofaschisten Le Pen (FN) dar.

Der renommierte Sozialwissenschaftler Emmanuel Todd sprach in diesem Kontext übrigens vom bevorstehenden Ende der Karriere Sarkozys (Altwegg 2005), was meines Erachtens jedoch mit Skepsis zu beurteilen ist. In Frankreich herrscht eine völlig andere individuelle Befindlichkeit in der Bevölkerung vor: Die individuelle körperliche Unsicherheit, Sorge um das Leben und um körperliche Un-

versehrtheit dominiert das Massenbewusstsein anders als hierzulande, wo eher materielle Zukunftsängste vorherrschen (Angst vor Erwerbslosigkeit, vor einer schwierigen Zukunft der Kinder). Hiervon wird Sarkozy profitieren.⁴ Was die herrschende Politik anbelangt, so umfasste das Handeln der Regierung neben der Ausrufung des Notstandes in 30 (von 96) *départements* am 9. November 2005 die Ankündigung der Schaffung von 2.000 neuen Planstellen bei der Polizei für 2006 sowie von 6.000 Sicherheitskräften für Frankreichs Schulhöfe in den Brennpunkten. An konstruktiven kurz-, mittel- wie langfristigen Plänen zur Behebung der oben aufgezeigten Missstände war bis Januar 2006 nur wenig zu erkennen. Am 17. November 2005 erinnerte die Regierung an die Ende August 2005 eingerichteten 45.000 staatlich geförderten Stellen an Grund- und weiterführenden Schulen für qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitslose. Nicht vergessen sei in diesem Zusammenhang, dass Jacques Chirac im Wahlkampf 1995 einen „Marshallplan für die *banlieue*“ angekündigt hatte: Zusammen mit dem renommierten Abbé Pierre besuchte er im Wahlkampf gegen den Sozialdemokraten Lionel Jospin seinerzeit sogar Hausbesetzer und versprach ihnen eine soziale Wohnungspolitik.

Nach dem Abschwellen der Unruhen leitete die Regierung de Villepin zweierlei Maßnahmen ein (Wiegel 2005c): Zum einen wurden besondere schulpolitische Maßnahmen für die *zones sensibles* wie Fördergruppen und kleinere Klassen angekündigt. Zum anderen wurde für das Jahr 2006 eine umfassende Gesetzesänderung angekündigt: Die Bedingungen für im Ausland mit einem französischen Staatsbürger geschlossene Ehen sollen erschwert, die Familienzusammenführung von Immigrantenfamilien komplizierter gemacht, das Verbot der Viel-ehe schärfer kontrolliert und schließlich die Auswahl der ausländischen Studierenden staatsnaher gestalten werden. Innenminister Sarkozy blieb im Rahmen der konservativen Arbeitsteilung, als er seine Akzente auf die systematische Abschiebung illegaler Einwanderer setzte und deren Krankenversicherung und die derzeit bestehenden Möglichkeiten, das staatliche Schulwesen zu nutzen, in Frage stellte. Die hinter der Regierung stehenden konservativen Parteien fordern eine Verschärfung der Repressionsmaßnahmen, in einigen Fällen gar den Einsatz der Armee im Inneren.

⁴ Eine Umfrage hat Mitte November 2005 ergeben, dass 68 Prozent der Franzosen/innen den von 15 Tagen um zwei Montage verlängerten Notstand und dass 55 Prozent die Abschiebung von „ausländischen Randalierern“ befürworten, selbst wenn diese über eine gültige Aufenthaltsgenehmigung verfügen; 48 Prozent beträgt die Zustimmung hierfür unter sozialistischen Sympathisanten/innen, bei der Präsidentschaftspartei UMP 75 Prozent, beim rechtsradikalen Front National 82 Prozent. Vgl. Giacomuzzi 2005.

Die Opposition aus Sozialdemokraten (PS), Kommunisten (PCF) und Grünen (Verts) forderte vom Beginn der Bewegung an eine „Rückkehr zum Dialog“ sowie „Botschaften und Akte der Solidarität“. So sollten in den sozialen Brennpunkten die Schülerzahlen auf 15 pro Klasse gesenkt werden und der soziale Wohnungsbau – gerade in den *zones sensibles* – intensiviert werden. Einer der möglichen Präsidentschaftskandidaten des PS, Dominique Strauss-Kahn, forderte die sofortige Schaffung von 50.000 Arbeitsstellen für Jugendliche, darüber hinaus einen zwölfmonatigen „Zivildienst“. Beides sollte durch einen Verzicht auf die von der Rechtsregierung geplante Reduzierung der Einkommens- und Vermögenssteuer finanziert werden.

7. Was kann und muss in Frankreich getan werden?

Im Gegensatz zu vielen Beobachtern hält Emmanuel Todd die Bewegung nicht für einen Beweis des Scheiterns des französischen Integrationsmodells, sondern für den Beweis seines Funktionierens. Die Polizei hat in der Tat nicht auf die Randalierer geschossen, die Bewegung ihrerseits hat recht besonnen auf die „normale Ruppigkeit“ der Sicherheitskräfte reagiert. Todds Einschätzung ist, die Revolte werde zur Integration beitragen. „Denn so funktioniert die Assimilierung auf französisch“ (Altwegg 2005). Der US-Publizist Doug Ireland erinnert in „The Nation“ an Martin Luther King jr., der sich ähnlich äußerte: „Ein Aufstand ist im Grunde die Sprache der Ungehörten“ (Ireland 2005). Karl Heinz Götzes Perspektive des Geschehens ist skeptischer:

„Das Triste an dieser Revolte sind nicht die verbrannten Autos. Das Triste ist, dass diese Revolte zu nichts führen wird als zu 3.000 oder mehr neuen Insassen ohnehin katastrophal überbelegter französischer Gefängnisse, bestenfalls begleitet von ein paar Millionen (Euro, J.M.B.) zusätzlich für die Banlieues. Die ... Kinder, die da Randalen machten, ahnten es gewiss schon, dass sie am Ende wieder die Dummen sein würden. Der Glücksmoment, für einmal Macht zu haben, sich für einmal zu wehren, einmal die eigene Kraft zeigen zu können, einmal dem Verhängnis ein Gesicht geben zu können und dreinzuschlagen, dieser Glücksmoment war es ihnen wert“ (Götze 2005).

An dieser Stelle sei nur kurz an das umfassende Beschäftigungsprogramm der Linksregierung (PS/PCF/Verts) von Mitte der 1990er Jahre erinnert, als diese für 350.000 Jugendliche im öffentlichen Sektor und für weitere 350.000 in der Privatwirtschaft Ausbildungs- und Arbeitsplätze schuf. Die Regierung subventionierte diese Stellen damals

für fünf (!) Jahre mit 80 Prozent des französischen Mindestlohnes SMIC (also ca. 1.000 Euro). Diese Politik wurde seinerzeit durch eine Erhöhung der Vermögenssteuer finanziert (Becker 1998). Eine derartige Dimension sozialpolitischer Intervention würde vermutlich auch im Jahre 2005 mehr tragen als Repression und das fortwährende verbale Gießen von Öl ins lodernde Feuer durch Frankreichs Innenminister.

8. Französische Verhältnisse auch in Deutschland?

Diese Frage ist schwer zu beantworten. Der Marburger Sozialpsychologie Ulrich Wagner hielt in der o.a. Pressekonferenz eine Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse für unrealistisch – zumindest für die Gegenwart und nähere Zukunft: Zwar sei die soziale Problematik vergleichbar, jedoch fehle für eine Massenbewegung ein Identifikationskern. Einen ethnischen bzw. Migrationshintergrund habe die partielle Misere der deutschen Jugend bei weitem nicht in dem Maße wie in Frankreich. Des Weiteren müsse hinter einer Bewegung eine gewisse Masse, eine gewisse Zusammenballung an Konfliktpotenzial stehen; auch diesbezüglich könne man sich Verhältnisse wie in den Pariser oder Lyoner Vororten in Deutschland derzeit nicht vorstellen.

„Migrantenkinder werden von unserem Bildungssystem frühzeitig aussortiert. Mehr denn je entscheidet die soziale Herkunft der Eltern über den Erfolg von Schülern“, schreibt der Kölner Erziehungswissenschaftler Georg Auernheimer (2005). Und weiter: „Es ist unser Schulsystem, das für die Trennung von ethnisch unterschiedlichen Schülergruppen verantwortlich ist.“ Auch der Marburger Bildungs- und Protestforscher Lars Schmitt diagnostizierte in der o.a. Presskonferenz, dass auf Grund dieser Bildungsunterschiede sowie der Tatsache, dass Migrantenkinder hierzulande nicht über einen deutschen Pass verfügen, derartiger Protest in Deutschland kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten sei. Dies spräche aber gerade nicht für die deutschen Integrationsverhältnisse, sondern offenbare lediglich die Tatsache, dass in Frankreich nicht zuletzt auf Grund der höheren Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Voraussetzungen dafür, dass Unmut empfunden wird und sich auf diese Art Luft macht, eher gegeben seien.

Daran anknüpfend gibt – mit einem Parallel-Blick nach Frankreich – insbesondere die Lage der jugendlichen Spätaussiedler (aus Russland und Kasachstan) nach Deutschland zu denken. Diese unterliegen nämlich derselben Diskrepanz wie die um ihre Integrationschancen sich betrogen fühlenden Jugendlichen in Frankreich: Sie haben

einen – hier: deutschen – Pass, aber finden sich segregiert und ausgegrenzt. Sie haben schlechte Berufschancen, sprechen nur wenig deutsch und leben häufig in russischsprachigen Aussiedlerzusammenhängen.

Diese Einschätzung wird, betreffend vor allem die fünf neuen Bundesländer, vom Marburger Jugendforscher Benno Hafeneger in einem Telefonat am 12. November 2005 geteilt. Er sieht in den Spätaussiedlerkindern, die Russland oder Kasachstan häufig gegen ihren eigenen Willen verlassen haben, eine latente Nicht-Anerkennung und derzeit noch ungerichtete Aggression. Die Problematik könne virulent werden, wenn die gegenwärtig noch erfolgende recht stringente Anbindung an das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem sowie die Einwebung in das soziale Netz nachließe.

Zuweilen werden heute in größeren deutschen Agglomerationen bereits Bandenauseinandersetzungen zwischen russischsprachigen Aussiedlern und türkischstämmigen Migranten – zumeist jungen Männern – registriert. Träten diese intensiviert auf, in ihrer Gewaltbereitschaft beispielsweise katalysiert durch Großereignisse wie die im Juni/Juli 2006 anstehende Fußballweltmeisterschaft, würde eine solche Bewegung einen anderen Charakter haben, als sie im Oktober/November 2005 in den französischen Vorstädten zu beobachten war: Hier würde weniger vom Staat „Respekt“ eingefordert, sondern vielmehr intergruppal Terrains abgesteckt.

Abschließend noch einmal Karl Heinz Götze zur Gesamtperspektive des Geschehens:

„Das ist kein französisches Problem, das ist das Problem aller entwickelten kapitalistischen Länder. Und niemand weiß etwas dagegen außer Sozialismus, der sich im Weltmaßstab gerade nachhaltig historisch blamiert hat. So sind alle ratlos. Die einen rufen ‚dem Gesetz muss Geltung verschafft werden‘, die anderen rufen ‚Sozialarbeit‘, die dritten ‚Verantwortung‘; es gibt viele gute Programme, selbst vom zuständigen Minister. Und alle, wenn sie nicht ganz dumm sind, wissen doch, dass es nicht reicht“ (Götze 2005).

Literatur:

- Altwegg, Jürg (2005): „Dies ist eine sehr französische Revolte. Ein Gespräch mit dem Emmanuel Todd über die Aufstände in den Pariser Vorstädten“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. November.
- Auernheimer, Georg (2005): „Land der begrenzten Möglichkeiten. Ethnische Schranke“, in: *Freitag*, 45, 11. November.
- Becker, Johannes M. (1998): „Abschied von der Arroganz der Macht. Zwischenbilanz der französischen Linkskoalition“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 43, 1: 66-75.
- Brückner, Jutta (2005): „Die edlen Wilden. Krisen der Männlichkeit“, in: *Freitag*, 49, 9. Dezember.
- Giacomuzzi, Christian (2005): „Soziale Apartheid“, in: *Junge Welt*, 22. November.
- Götze, Karl Heinz (2005): „Vorstadtglück, lichterloh. Pariser Revolten“, in: *Freitag*, 47, 25. November.
- Ireland, Doug (2005): „Why is France Burning?“, in: *The Nation*, 28. November.
- Jeismann, Michael (2005): „Neuntausend. Brennende Polizeiwagen. Was Integration in Frankreich heißt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. Oktober.
- o. Verf. (2005): „Ein Toter bei Ausschreitungen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. November.
- Walther, Rudolf (2006): „'Wir haben nichts zu verlieren...'“, in: *Erziehung und Wissenschaft*, 1: 6-9.
- Wiegel, Michaela (2005a): „Die Unruhen erreichen das Stadtzentrum von Paris“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. November.
- Wiegel, Michaela (2005b): „Razzien in Banlieues“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. November.
- Wiegel, Michaela (2005c): „Villepin: Hilfe für Schulversager“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Dezember.

Wie ausgeschlossen muss man sein, um zu protestieren? Sozialer Protest und seine Voraussetzungen

Lars Schmitt

Die vorangegangene Analyse der Krisenhaftigkeit der französischen Situation durch Johannes M. Becker soll in diesem Beitrag mit Aspekten der Protestforschung konfrontiert werden.

Zwar steht außer Frage, dass es neben konkreten Ereignissen, die als Auslöser von Protestaktionen fungieren, auch einer strukturellen Krise im Hintergrund bedarf – sei es, dass man eine (reflexive) Modernisierungskrise, den Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche und/oder eine Ungleichverteilung von Chancen bzw. Ressourcen diagnostiziert. Diese Krisenhaftigkeit alleine ist aber eher eine notwendige als eine hinreichende Bedingung dafür, dass eine latente Konfliktlage in manifesten sozialen Protest überführt wird. Zwar gibt es in der Protestforschung sehr unterschiedliche Ansätze, die entweder eher auf die Struktur- oder eher auf die Akteursseite fokussieren, doch besteht erstens weitgehend Konsens darüber, dass keiner dieser Ansätze alleine die „Lücke“ zwischen latenter Konfliktlage und Protestaktionen zu schließen vermag. Zweitens versuchen neuere Ansätze die – epistemologisch ohnehin kaum zu rechtfertigenden – Gegenüberstellungen von Struktur/Handlung, Rationalität/Irrationalität, Strategie/Identität zu überwinden (vgl. als Beispiel: Crossley 2002; sowie zur Übersicht: Bonacker/Schmitt 2004 und Hellmann 1999).

Im Folgenden werden fünf Stufen des Übergangs zwischen Krise und Protest bezogen auf die französische Situation skizziert. Einer Definition von „sozialem Protest“ zufolge sind die Ausschreitungen mindestens als solcher einzustufen. Ob gar von einer sozialen Bewegung gesprochen werden kann, lässt die in der Bewegungsforschung einschlägigste Definition von Dieter Rucht hingegen offen:

„Eine soziale Bewegung ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (1994: 77).

Mindestens zwei Elemente dieser Definition sind Auffassungssache. Zum einen ist fraglich, wie groß eine „gewisse Dauer“ zu sein hat. Zum anderen ist diskussionswürdig, ob die Absprache mittels Handys ausreicht, um von einem Netzwerk zu sprechen. Die Einordnung der französischen Ausschreitungen soll aber nicht Gegenstand der hiesigen Überlegungen sein. Im Folgenden wird deshalb von

Protesten gesprochen, was in jedem Falle angemessen ist. Welche Voraussetzungen müssen nun aber gegeben sein, damit es zu solchen Protesten kommt?: (1) Es muss objektiv eine strukturelle Krise vorliegen, z.B. in Form der Ungleichverteilung von Lebenschancen. (2) Menschen müssen – in welcher Gestalt auch immer – unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen leiden. (3) Die Gründe für die Unzufriedenheit bzw. das Leiden müssen external attribuiert werden. Das heißt, es muss zumindest in der Wahrnehmung der potenziellen Protestierenden ein Adressat für die Vorwürfe vorhanden sein. Dieser kann aus „dem Staat“ oder Fremdgruppen bestehen, selbst wenn diese „nur“ als Sündenböcke fungieren. (4) Wenn all diese Voraussetzungen gegeben sind, bedarf es noch verschiedener Ressourcen bzw. „persönlicher Eigenschaften“, damit der Unmut, dessen Ursachen nicht dem eigenen Verantwortungsbereich zugeschrieben werden, *öffentlich wahrnehmbar* ausgetragen wird. (5) Schließlich sind kollektiv-identitätsstiftende Zuschreibungen sowie auslösende Ereignisse notwendig, damit die Unmutsäußerungen die *kollektive* Form des sozialen Protests annehmen.

1. Soziale Ungleichheit

Zahlreiche Übersichten zur Protestforschung unterscheiden zwischen einem US-amerikanischen Strang, der seinen Ausgangspunkt in der Massenpsychologie des „Collective Behavior“ hat, und einem europäischen Strang, als dessen Basis die marxistische Geschichtsphilosophie angesehen wird. Letzterer nimmt die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Zustände bzw. strukturelle Zwänge, sog. „structural strains“ (Smelser), zum Ausgangspunkt der Analyse. Protest wird hier als Folge, Ausdruck und/oder Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen verstanden (vgl. Brand/Büsser/Rucht 1986; Rucht 1994; Touraine 1983; Wasmuth 1989 sowie Bonacker/Schmitt 2004: 202ff.).

Folgt man dieser Perspektive, ist es naheliegend, die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Zustände als ein ubiquitäres Phänomen zu betrachten, von dem auch der Einzelfall Frankreich betroffen ist. Die Krisenhaftigkeit besteht hier in der Ungleichverteilung von Ressourcen, wie z.B. dem Zugang zu Erwerbsarbeit.

In vielen der *banlieues* herrscht eine Erwerbslosigkeitsquote von bis zu 40 Prozent. Neben der räumlich-kulturellen Segregation ist damit de facto ein Ausschluss von der Institution Erwerbsarbeit zu diagnostizieren, die nach wie

vor (und fatalerweise) als wichtigstes Moment (zumindest scheinbarer) gesellschaftlicher Integration angesehen werden kann, was zahlreiche traditionelle sowie aktuelle Untersuchungen zur Erwerbsgesellschaft bzw. zur Erwerbslosigkeit bestätigen (vgl. Gorz 1989, 2000; Kronauer/Vogel/Gerlach 1993; Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975).

2. Das subjektive Leiden an gesellschaftlichen Verhältnissen

Bourdieu u.a. konnten mit ihrer Studie „Das Elend der Welt“ (1997; frz. Orig. 1993) „Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“ (ebd.) sammeln. Kürzlich ist eine deutsche Replikationsstudie zu diesen Verhältnissen erschienen. Eine Forschungsgruppe um Franz Schultheis, der auch in die „französische Originaluntersuchung“ eingebunden war, hat „Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“ diagnostizieren können (Schultheis/Schulz 2005). Dies ist insofern nicht selbstverständlich, als dass vielfach Situationen der Benachteiligung von Betroffenen gar nicht als etwas Besonderes empfunden werden. Dies hängt v.a. damit zusammen, dass Menschen, die in benachteiligten Milieus mit der „Zuschreibung“ zu benachteiligten Gruppen aufwachsen, diese Verhältnisse verinnerlichen und somit spätere Benachteiligungssituationen als etwas Selbstverständliches, zu ihnen Passendes wahrnehmen. Ihr Habitus (Bourdieu) passt zu den umgebenden Strukturen (vgl. Schmitt 2005a; 2005b). Die Sozialpsychologie spricht von „oppression as a cooperative game“ (Sidanius/Pratto 1999), um die „Komplizenschaft“ der Betroffenen mit den Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen.

Da Leiden jedoch immer relatives Leiden ist, kann für die Situation in den französischen *banlieues* besonders festgehalten werden, dass hier eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit und damit großes Leiden zu diagnostizieren ist. Die betroffenen Menschen mit Migrationshintergrund sind mit dem Anspruch versehen, (ununterscheidbarer) Teil der französischen Gesellschaft zu sein. Sie haben meistens einen französischen Pass, sie sprechen die französische Sprache und sie haben – zumin-

dest im Vergleich mit Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) – eine relativ hohe Schulbildungsbeteiligung. All dies suggeriert Zugehörigkeit.¹ Die Erfahrung in den *banlieues* hingegen ist die einer krassen Exklusion, einer Exklusion von Erwerbsarbeit und damit einer Exklusion von Gesellschaft – von den Segregationseffekten einmal ganz abgesehen.²

3. Wer ist schuld am Elend?

Selbst wenn Menschen unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen leiden, heißt das noch nicht, dass sie dieses Leiden auch jenen Bedingungen zuschreiben. Zum einen sind potentielle Protestgruppen viel weniger direkt aus sozialen Lagen herzuleiten als z.B. noch bei Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Gesellschaftliche Hierarchien sind heutzutage viel stärker symbolvermittelt. Gerade weil eine Pluralität an Symbolen wie z.B. Kleidung, Musik etc. besteht, führen diese scheinbar freien Wahlmöglichkeiten dazu, die Symbolverteilung und die dadurch zum Ausdruck gebrachten Hierarchien eben als „frei gewählt“, natürlich, gerecht, verdient wahrzunehmen. Die Tatsache, dass im Einklang mit dem Habitus (also nicht unabhängig von den sozialen Bedingungen des Aufwachsens) gewählt wird, gerät aus dem Blick und die soziale Gemachtheit der an Symbolen ablesbaren Hierarchien wird dadurch verschleiert (Bourdieu 1982). Anstelle von kollektiven Protesten finden deshalb eher individuelle Konkurrenzkämpfe statt: „Mein Haus! Mein Boot! Mein Pferd!“ (vgl. Schmitt 2005a; 2005b).

Zum anderen sorgen verschiedene – aber strukturhomologe – Diskurse in Gesellschaft und Wissenschaft seit Beginn der 1980er Jahre dafür, dass das autonome Subjekt im Vordergrund der Betrachtungen steht. Zu nennen ist auf Seiten der Soziologie eine Individualisierungsbefunde zu Individuierungs- und Pluralisierungsbefunden uminterpretierende Ungleichheitssoziologie, wie sie in Teilen der Lebensstilforschung zu beobachten ist (vgl. den kritischen Beitrag von Konietzka 1994). In den Erziehungswissenschaften ist seit der aus ihrem Kontext heraus nur zu verständlichen Abkehr vom struktur-funktionalistischen

¹ Am 17. Dezember 2005 versicherte mir der französische Bewegungs-Experte und Redakteur der Zeitschrift „Mouvements“, Gilbert Wassermann, in einem Gespräch, dass die Jugendlichen nichts von „Integration von Fremden“ wissen wollten, weil sie diesbezüglich integriert seien und sich als gleichberechtigte Franzosen empfinden. Es ginge vielmehr um den Ausschluss von Lebenschancen.

² Bei aller gebotenen Vorsicht drängt sich hier der Vergleich zum Pariser Mai 1968 auf. Durch die Neugründung von Universitäten und die Tatsache, dass viele Mittel- und Oberschichtangehörige dadurch einen – wenn auch im Vergleich zu den „Grandes Ecoles“ zweitklassigen – Zugang zu universitärer Bildung erhielten, wurde eine Anspruchshaltung erzeugt, bei der klar war, dass diese nicht durch Stellen im akademischen Feld gedeckt werden würde. Nicht zufällig starteten die Unruhen an einer dieser neu gegründeten Universitäten, nämlich Nanterre (vgl. Gilcher-Holtey 1995).

Paradigma eine Überbetonung von subjektiver (und v.a. strukturungebundener) Handlungsautonomie zu diagnostizieren (vgl. hierzu kritisch Bauer 2002a, 2002b, 2004). Auf der Ebene gesellschaftspolitischer, hegemonialer Diskurse ist all das zu nennen, was unter dem Stichwort „Neoliberalismus“ kursiert. Diese Diskurse laden eher dazu ein, bei der Suche nach Verantwortlichkeiten auf die Subjektseite der Eigenverantwortlichkeit als auf die Strukturseite zu schauen. Ein aktuelles, sehr augenfälliges Beispiel ist die Kampagne „Du bist Deutschland“, die folglich nicht nur wegen ihrer nationalistischen Ausrichtung zu kritisieren ist.

Es ist allerdings zu vermuten, dass aufgrund der französischen Protestkultur und -geschichte diese Diskurse dort nicht so wirksam sind (Gilcher-Holtey 2001). Auch der offene Rassismus, der Bewohnerinnen und Bewohnern der *banlieues* zuteil wird, scheint einer ursächlichen Selbstzuschreibung des Leides eher entgegenzuwirken.

4. Wer traut sich zu protestieren?

Wenn die o.g. Voraussetzungen gegeben sind, d.h. eine Krise vorliegt, die sich in subjektivem Leid widerspiegelt, das fremdattribuiert wird, bedarf es noch weiterer Faktoren, damit Protest entsteht. Auf individueller Ebene sind – dies gilt zumindest für die BRD – ein Mindestmaß an Bildung, Selbstbewusstsein, kurz: ein relativ „legitimer Habitus“ sowie ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Integration zu nennen. Damit hängt u.a. auch die individuelle Möglichkeit zusammen, weitere Ressourcen zu mobilisieren. Der Protestforscher Dieter Rucht kann zumindest für Deutschland immer wieder nachweisen, dass Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer überdurchschnittlich gebildet sind (vgl. z.B. Rucht 2004; Rucht/Yang 2004). Die Selbstlegitimierung kann aber z.B. auch durch rassistische Zuschreibungen von außen geschehen, was den aktuellen französischen Fall eher erklären dürfte. Dass die Bewohnerinnen und Bewohner der *banlieues* im Schnitt wahrscheinlich besser gebildet sind als Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (vgl. Baumert u.a. 2001), kann als Erklärung kaum ausreichen, da sie relativ zur französischen Gesamtbevölkerung wahrscheinlich keine überdurchschnittliche Bildung aufweisen. Formale Bildung scheint also keine Protestvoraussetzung an sich zu sein, sondern ein Element gesellschaftlicher Integration darzustellen, die wiederum als eine Bedingung für sozialen Protest fungiert. Diesbezüglich wurde bereits darauf hingewiesen, dass über die Staatsbürgerschaft, die Sprache und auch den Bildungszugang (formal wie empirisch) für die protestierenden Jugendlichen ein Mindestmaß an In-

tegration gegeben scheint.

5. Vom individuellen Aufbegehren zu kollektivem Protest

Damit das Aufbegehren nicht auf der individuellen Ebene stehen bleibt, sondern in kollektiven Protest überführt wird, müssen kollektive Identitätsbildungsprozesse stattfinden. Diese werden erleichtert, wenn man das Leid an zugeschriebenen Kollektivmerkmalen wie Ethnie, Religionszugehörigkeit etc. abbilden kann. Auch der französische Innenminister, der die Protestierenden als „Gesindel“ bezeichnet hat, dürfte mit diesem Label deren kollektive Identität eher gestärkt als geschwächt haben. Interessant im Hinblick auf die Art der Konfliktaustragung könnte die Frage sein, ob es sich um eine positive kollektive Identitätsbildung handelt oder um eine, die aus negativen Attributen hervorgeht. Bei letzterer scheint eine gewaltsame Austragung wahrscheinlicher. Vergleichen wir z.B. die sog. neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik mit den Jugendprotesten in Frankreich vom November 2005, so werden erstere mit postmateriellen Werten wie „Selbstverwirklichung“ in Verbindung gebracht (vgl. Eder 1989; Vester 1989) und sind in Teilen auch von einem „Sendungsbewusstsein“ getragen (zur Umweltbewegung vgl. Christmann 1997). Dieses Sendungsbewusstsein im Sinne einer Elite, die für eine saubere Umwelt, gesunde Nahrung etc. einsteht, sollte zumindest mit einer positiven Selbsttypisierung einhergehen. Dies zeigen auch Untersuchungen, die die Wertewandelhypothese so eindeutig nicht teilen und auch bei den neuen sozialen Bewegungen „alte Pflichtbewusstseinswerte“ ausmachen (vgl. zur Umweltbewegung Schmitt 2002). Bei den französischen Jugendlichen ist hingegen zumindest die negative Fremdtypisierung offensichtlich, d.h. dass sie von außen mit negativen Attributen versehen werden, wie z.B. durch den französischen Innenminister.

Auslösende Ereignisse wie der Tod der beiden Jugendlichen in dem Transformatoren-Häuschen können zudem synchronisierende und identitätsstiftende Wirkung haben. Identitätsbildungsprozesse scheinen von großer Bedeutung zu sein, wenn es um sozialen Protest geht. Der anschließende Beitrag von Ulrich Wagner und Jost Stellmacher wird diesen Aspekt näher beleuchten.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Entstehung von sozialem Protest ein voraussetzungsreicher Prozess ist. Für den französischen Fall scheinen die erforderlichen Bedingungen gegeben. Die jugendlichen Bewohner der *banlieues* sind sozial benachteiligt, sie empfinden dies auch als

ungerecht. Sie schreiben die Ursachen dafür nicht sich selbst zu, sondern dem französischen Staat sowie gegebenenfalls den rassistischen Einstellungen und Äußerungen anderer Französinen und Franzosen. Außerdem verfügen sie über ein Mindestmaß an „Dazugehörigkeit“, um sich legitimiert zu fühlen, kollektiv aufzubegehren.

Betrachtet man diese Voraussetzungen mit Blick auf die Situation in Deutschland, so erscheinen ähnliche Proteste zumindest kurzfristig eher unwahrscheinlich. Neben vielen anderen Unterschieden, die nicht Gegenstand des Beitrags sind, ist es v.a. die Integrationssituation der

Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die sich von Frankreich unterscheidet. Hierzulande sind die betreffenden Personen nicht über Staatsbürgerschaft und Sprache integriert, so dass neben der daraus resultierenden größeren Rechtsunsicherheit auch das Minimum an Legitimationswahrnehmung seitens der Betroffenen nicht gegeben scheint. Wenn also hier vermutet wird, dass sich in Deutschland Ähnliches nicht ereignet, so stellt diese Vermutung Deutschland gerade kein gutes Integrationszeugnis aus.

Literatur:

Bauer, Ullrich (2002a): „Selbst- und/oder Fremdsocialisation. Zur Theoriedebatte in der Sozialisationsforschung. Eine Entgegnung auf Jürgen Zinnecker“, in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 2: 118-142.

Ders. (2002b): „Sozialisation und die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Bourdieus politische Soziologie und die Sozialisationsforschung“, in: Uwe H. Bittlingmayer/Rolf Eickelpasch/Jens Kastner u.a. (Hg.): *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus*, Opladen: 415-445.

Ders. (2004): „Keine Gesinnungsfrage. Der Subjektbegriff in der Sozialisationsforschung“, in: Dieter Geulen/Hermann Veith (Hg.): *Sozialisationstheorie interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven*, Stuttgart: 61-91.

Baumert, Jürgen/Eckhard Klieme/Michael Neubrand u.a. (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen.

Bonacker, Thorsten/Lars Schmitt (2004): „Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung“, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 32: 193-213.

Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens*, Konstanz.

Brand, Karl-Werner/Detlef Büsser/Dieter Rucht (1986): *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.

Christmann, Gabriela B. (1997): *Ökologische Moral. Zur kommunikativen Konstruktion und Rekonstruktion umweltschützerischer Moralvorstellungen*, Wiesbaden.

Crossley, Nick (2002): *Making Sense of Social Movements*, Buckingham/Philadelphia.

Eder, Klaus (1989): „Die ‚neuen sozialen Bewegungen‘ – Moralische Kreuzzüge, politische Pressure Groups oder soziale Bewegung“, in: Ulrike C. Wasmuth (Hg.): *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion*, Darmstadt: 177-195.

Gilcher-Holtey, Ingrid (1995): *„Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich*, Frankfurt/M.

- Dies. (2001): *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, München.
- Gorz, André (1989): *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Berlin.
- Ders. (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M.
- Hellmann, Kai-Uwe (1999): „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif (Hg.): *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven*, Wiesbaden: 91-113.
- Jahoda, Marie/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel (1975): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*, Frankfurt/M.
- Konietzka, Dirk (1994): „Individualisierung, Entstrukturierung und Lebensstile. Zu einigen konzeptionellen Fragen der Analyse von Lebensstilen“, in: Jens S. Dangschat/Jörg Blasius (Hg.): *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*, Opladen: 150-168.
- Kronauer, Martin/Berthold Vogel/Frank Gerlach (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/M.
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt/M.
- Ders. (2004): „Die Friedensdemonstranten – Wer waren sie?“, in: *Wissenschaft und Frieden*, 1, 22: 57-59.
- Rucht, Dieter/Mundo Yang (2004): „Wer demonstrierte gegen Hartz IV?“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4: 21-27.
- Sidanius, Jim/Felicia Pratto (1999): *Social Dominance. An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*, Cambridge.
- Schmitt, Lars (2002): *Ökologie und gesellschaftskritisches Bewusstsein. Wie ROT ist eigentlich GRÜN?*, Marburg.
- Ders. (2004): „Kritische Wissenschaft und Friedensbewegung. Soziologische Selbstreflexion zur Stärkung der Bewegung“, in: *Wissenschaft und Frieden*, 3, 22: 49-52.
- Ders. (2005a): „Wie Soziologie heilen kann. Pierre Bourdieus Sozioanalyse“, in: Michael Brie/Bärbel Chrapa (Hrsg.): *Im Gedenken an Michael Chrapa. – sein hundertfach Begonnenes...*, Berlin/Halle: 27-44.
- Ders. (2005b): „Konfliktsoziologie als Sozioanalyse“, in: Thorsten Bonacker/Lars Schmitt (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Theorien der Konfliktforschung*, Studienbrief der FernUniversität Hagen: 31-33.
- Schultheis, Franz/Kristina Schulz (Hg.) (2005): *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz.
- Touraine, Alain (1983): „Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse“, in: Joachim Matthes (Hg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?* Frankfurt/M.
- Vester, Michael (1989): „Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten“, in: Ulrike C. Wasmuht (Hg.): *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion*, Darmstadt: 38-63.
- Wasmuht, Ulrike C. (Hrsg.) (1989): *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion*, Darmstadt.

Makroprobleme und konkretes Verhalten oder: Wie kommt die Krise des Sozialstaats in den Molotowcocktail?

Ulrich Wagner/Jost Stellmacher

In den vorangehenden Beiträgen haben Johannes Becker und Lars Schmitt gezeigt, wie makrostrukturelle Bedingungen, wie die Ungleichheit von Lebenslagen etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und die veröffentlichten Reaktionen der Politik auf die Existenz marginalisierter Zuwanderer helfen zu verstehen, warum in den Vorstädten Frankreichs die beschriebenen Formen abweichenden Verhaltens zu beobachten sind. Schmitt hat dabei deutlich gemacht, dass zwischen den in ökonomischen Termini beschriebenen objektiven Lebensbedingungen der Betroffenen und ihrem daraus resultierenden Verhalten Interpretationen von Bedeutung sind: Nicht jede Form von Deprivation führt mechanistisch zu abweichendem Verhalten. Die Frage ist daher: Was genau sind die mikrosoziologischen oder psychologischen Prozesse, die zwischen makrostrukturellen Bedingungen und konkretem Verhalten vermitteln?

Oberflächlich betrachtet könnte man annehmen, dass die Lebensbedingungen, denen sich die Jugendlichen in Frankreich ausgesetzt sehen, dazu führen, dass übliche interne und externe Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt werden: Wenn sie doch so offensichtlich unerwünscht sind, warum sollte die Jugendlichen dann interessieren, welche gesellschaftlich etablierten Normen üblicherweise Verhalten steuern und abweichendes Verhalten verhindern? Warum sollten sie sich länger darum kümmern, ob sie von anderen als gesellschaftliche „outlaws“ betrachtet werden oder nicht? Dies wäre eine klassische Erklärung für deviantes Verhalten, die in der Sozialpsychologie mit dem Begriff Deindividuation (Zimbardo 1969) bezeichnet wird. Die Annahme der Deindividuationstheorie ist, dass bei Menschen, die unter anonymisierten Bedingungen handeln, ein Identitätsverlust eintritt und sie damit weniger empfänglich für soziale Bewertungen sind. Ebenso sei die eigene Verhaltenskontrolle durch Schuld, Scham, Angst oder Verpflichtungsgefühlen herabgesetzt, was in letzter Instanz zu einer Enthemmung von destruktiven Verhaltensweisen führt. Hinter einer solchen Erklärung steht die Annahme, dass wir alle „böse“ Triebkräfte in uns tragen, die üblicherweise durch interne und externe Kontrollinstanzen im Zaum gehalten, aber unter den oben beschriebenen Umständen außer Kraft gesetzt werden, so dass das „Böse“ seine ganze Macht entfalten kann.

Probleme haben Erklärungen nach dem Deindividuationsansatz jedoch, wenn sie nachvollziehbar machen sollen, warum, bei genauem Hinsehen, deviantes Verhalten, wie es jetzt in den französischen Vorstädten zu beobach-

ten ist, nicht einfach zügellos und ungerichtet gewalttätig ist, sondern durchaus Gesetzmäßigkeiten und normativen Vorstellungen zu folgen scheint: Vor allen Dingen zu Beginn der Ausschreitungen in Frankreich war zu beobachten, dass diese sich vornehmlich gegen symbolische Ziele wie gegen Polizeifahrzeuge richteten. Die Polizei wird vermutlich als Repräsentantin der Staatsgewalt angesehen, und genau deshalb wird sie und nicht andere Objekte Ziel von Zerstörung. Eine ähnliche Zielgerichtetheit des Verhaltens war auch bei anderen Formen von Jugendprotesten in anderen Ländern beobachtbar (Willems 1997). Mit dem Deindividuationsansatz ist also ein problematisches Menschenbild verknüpft, wonach wir eigentlich alle von Natur aus böse sind, und nur gesellschaftliche und Selbstkontrollmechanismen dazu führen, dieses Böse zu unterdrücken.

Vor dem Hintergrund des erkennbaren Mangels der Erklärungskraft der Deindividuationstheorie sind verschiedene sozialwissenschaftliche Erklärungsmodelle entwickelt worden, die die Kommunalität sozialer Ausschreitungen in Rechnung stellen. Elemente solcher Modelle sind, dass die Teilnehmenden an den Ausschreitungen daraus individuellen Nutzen ziehen (Klandermans 1997) oder sich innerhalb der Bewegung bestimmten Normen verpflichtet fühlen (Turner/Killian 1957; zur Übersicht über verschiedene Ansätze Willems 1997). Insbesondere in der Sozialpsychologie haben seit den späten 1970er Jahren Theorien an Bedeutung gewonnen, die geeignet sind, die jetzigen Ausschreitungen in Frankreich verständlich zu machen: Dies sind die „Theorie der Sozialen Identität“ (Tajfel/Turner 1986) und die „Selbstkategorisierungstheorie“ (Turner/Hogg/Oakes u.a. 1987), die die zentralen Bausteine des sog. „Social Identity Approach“ darstellen (Wagner/Stellmacher 2000).

Erfinder des Social Identity Approach ist Henry Tajfel. Zusammen mit seinem ehemaligen Doktoranden, John Turner, entwickelte er eine systematische Theorie zu Intergruppenverhalten, die eine neue Sichtweise über Gruppen beinhaltet. Danach entstehen Gruppen, wenn sich Personen zu einer Gruppe zugehörig fühlen, d.h. sich mit ihr identifizieren; Menschen identifizieren sich mit ihrer nationalen Gruppe, mit Fußballvereinen, mit regionalen Zugehörigkeiten oder mit ethnischen Gruppen. Entsprechend ist eine psychologische Kernannahme des Social Identity Approach, dass Gruppenmitgliedschaften Identitäten definieren. Tajfel und Turner (1979) unterscheiden persönliche und soziale Identität. Während sich die per-

sönliche Identität einer Person aus idiosynkratischen Personenmerkmalen wie z.B. Temperament oder Fähigkeiten zusammensetzt, wird die soziale Identität aus dem Wissen über soziale Gruppenzugehörigkeiten und dem Wert und der emotionalen Bedeutung dieser Gruppenmitgliedschaften abgeleitet. Was eine einzelne Person in einer bestimmten Situation denkt und fühlt oder wie eine Person sich verhält, hängt auch von ihren Gruppenzugehörigkeiten ab. Individuen versuchen, eine positive soziale Identität zu erhalten oder herzustellen. Eine positive Selbsteinschätzung in der sozialen Identität ist zu erreichen, wenn es gelingt, die eigene Gruppe positiv von relevanten Vergleichsgruppen abzusetzen. Dies kann durch unterschiedliche Strategien geschehen (Tajfel/Turner 1986). Eine mögliche Strategie ist, sich in direkten sozialen Wettstreit mit der Fremdgruppe zu begeben, z.B. durch gewaltsame Ausschreitungen, die sich direkt gegen Mitglieder der fremden Gruppe oder Symbole der fremden Gruppe richten. Entsprechend können die Ausschreitungen der französischen Jugendlichen als ein Versuch interpretiert werden, die eigene soziale Identität positiv zu gestalten. Auf Basis des Social Identity Approach wurde die Deindividuationstheorie von Zimbardo durch eine neue Theorie zu Massenverhalten ersetzt (Reicher 1987; Reicher/Sparks/Postmes 1995). Die zentrale Annahme ist, dass das Verhalten von Personen in Massen durch die von der Masse bestimmte soziale Identität geformt wird. Es wird nicht mehr angenommen, dass es in einer Massensituation zu Deindividuation, d.h. zum Verlust des Selbst kommt. Vielmehr wird jetzt von einer Depersonalisierung, d.h. der Aktivierung der sozialen Identität auf Kosten der persönlichen Identität, ausgegangen. Damit wird angenommen, dass sehr wohl Normen in Massen existieren, die über die Soziale Identität mit dieser Gruppe bestimmt werden, und die das Verhalten der Beteiligten steuern, wenn die soziale Identität und die damit verbundene Gruppenzugehörigkeit salient, d.h. subjektiv erfahrbar wird (Reicher 1987). In diesem Sinne ist das Verhalten in Massen nicht mehr so irrational und ungesteuert, wie in den früheren Theorien angenommen wurde.

Aus der Sicht des Social Identity Approach sind die Auseinandersetzungen der Jugendlichen in den französischen Vorstädten als Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht zu begreifen. Der Staat wird als fremde Gruppe angesehen. Die Etablierung eines gemeinsamen äußeren Feindes – der Staat und die ihn tragenden Repräsentanten – hat Rückwirkungen auf die Generierung einer eigenen Gruppenzugehörigkeit. In der Terminologie der Theorie der Sozialen Identität macht die Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind die eigene Gruppenzugehörigkeit salient. Möglicherweise bestand auch schon vor Ausbruch

der Gewalt ein diffuses Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Jugendlichen, auch wenn dies vermutlich von ihnen selbst nicht so formuliert worden wäre. Die Konfrontation mit der Fremdgruppe – dem Staat, dem sie den Vorwurf der Verweigerung der Anerkennung machen – macht für die Jugendlichen eine eigene Gruppenmitgliedschaft erfahrbar, d.h. es entsteht eine Mitgliedschaft in einer Gruppe, mit der sie sich identifizieren können. Aus der Perspektive des Social Identity Approach liegt also eine Auseinandersetzung zwischen Gruppen vor und diese Gruppen werden im Prozess der Auseinandersetzung zunehmend bedeutsamer.

Die Auseinandersetzungen in den französischen Vorstädten sind Ausdruck von Identitätskonflikten. Aus vielen anderen Zusammenhängen ist bekannt, dass Identitätskonflikte besonders gefährliche Eskalationsdynamiken aufweisen (Tajfel/Billig/Bundy 1971). Beispielsweise neigen Personen, die in Identitätskonflikte verwickelt sind, dazu, der jeweiligen Fremdgruppe ein besonders hohes Maß an Schaden zuzufügen, auch wenn dies zum Nachteil der Eigengruppe gereicht. Es geht in erster Linie darum, die Fremden „fertig zu machen“ und auf diese Weise die Eigengruppe aufzuwerten – koste es, was es wolle (Bonacker/Imbusch, 2003). Aus dieser Sicht wird auch der Angriff auf Schulen und Kindergärten erklärbar. Schulen und Kindergärten sind aus Sicht der Täter Symbole des Staates, der ihnen nach der Schulausbildung keine Perspektive mehr bietet. Die Zerstörung dieser Symbole dient damit der Abwertung der Fremdgruppe (des Staates) und der Aufwertung der eigenen Gruppe, auch wenn indirekt der eigenen Gruppe damit Schaden zugefügt wird. Aus Sicht der Täter wird offensichtlich der Schaden für die Fremdgruppe, der dadurch entsteht, wenn brennende Schulen in den Abendmedien gezeigt werden, als höher eingeschätzt als der Verlust, der für die eigene Gruppe daraus resultiert.

Wenn die Analyse richtig ist, dass eine gemeinsame Identifikation auf Seiten der Jugendlichen im Wesentlichen durch die Abgrenzung und die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind – dem Staat – entsteht, wird die fatale Wirkung der abwertenden Politikeräußerungen deutlich. Aus Sicht der Betroffenen bestätigen solche Äußerungen die Abgrenzung, auch in gewalttätiger Form, von dieser Fremdgruppe, der Politik und dem Establishment, und stabilisieren vor allem die Identifikation mit der gemeinsamen Gruppe der Benachteiligten.

Eine Beschreibung von Phänomenen nach wissenschaftlichen Theorien, so wie wir es hier mit dem Social Identity Approach tun, bedeutet nicht, dass sich die Betroffenen dieser Mechanismen bewusst sein müssen oder gar diese Mechanismen formulieren können. Möglicherweise wür-

den sich die beteiligten Jugendlichen in Frankreich außer Stande sehen, einer gemeinsamen Gruppenzugehörigkeit für alle an den Ausschreitungen Beteiligten ein gemeinsames Etikett zu geben. Es gibt Beispiele in der Literatur dafür, wie ähnliche Formen von Protestbewegungen auf Identitätsprozesse zurückgeführt werden können (Reicher 1984, 1996). Die Social Identity Theory ist gut geeignet, als Brückentheorie zu fungieren und die Übertragung von makroökonomischen Prozessen auf individuelles Verhalten nachvollziehbar zu machen. Gegenstand zukünftiger Forschung wird sein, empirisch zu ermitteln, wie weit auch die gegenwärtigen Jugendproteste oder Ausschreitungen in Frankreich nach den gängigen Mechanismen erklärt werden können.

Literatur:

- Bonacker, Thorsten/Peter Imbusch (2003): „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“, in: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hg.): *Krieg und Frieden*, Weinheim: 208-221.
- Klandermans, Bert (1997): *The Social Psychology of Protest*, Oxford.
- Reicher, Stephen (1984): „The St. Pauls Riot: An Explanation of the Limits of Crowd Action in Terms of a Social Identity Model“, in: *European Journal of Social Psychology*, 14: 1-21.
- Reicher, Stephen (1987): „Crowd Behaviour as Social Action“, in: John Turner/Michael A. Hogg/Peter J. Oakes u.a. (Hg.): *Rediscovering the Social Group*, Oxford, 71-202.
- Reicher, Stephen (1996). „The Battle of Westminster: Developing the Social Identity Model of Crowd Behaviour in Order to Explain the Initiation and Development of Collective Conflict“, in: *European Journal of Social Psychology*, 26: 115-134.
- Reicher, Stephen/Russell Spears/Tom Postmes (1995): „A Social Identity Model of Deindividuation Phenomena“, in: *European Review of Social Psychology*, 6: 161-198.
- Tajfel, Henry/Michael Billig/Roy F. Bundy u.a. (1971): „Social Categorization and Intergroup Behaviour“, in: *European Journal of Social Psychology*, 1: 149-177.
- Tajfel, Henry/John C. Turner (1979): „An Integrative Theory of Intergroup Conflict“, in: William G. Austin/Stephen Worchel (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*, Monterey, 33-47.
- Tajfel, Henry/John C. Turner (1986): „The Social Identity Theory of Intergroup Behaviour“, in: Stephan Worchel/William G. Austin (Hg.): *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago: 7-24.
- Turner, John/Michael A. Hogg/Peter J. Oakes u.a. (1987): *Rediscovering the Social Group*, Oxford.
- Turner, Ralph/Lewis Killian (1957): *Collective Behaviour*, Englewood Cliff.
- Wagner, Ulrich/Jost Stellmacher (2000): *Intergruppenprozesse*, Hagen.
- Willems, Helmut (1997): *Jugendunruhen und Protestbewegungen – Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, Opladen.
- Zimbardo, Philip (1969): „The Human Choice: Individuation, Reason, and Order Versus Deindividuation, Impulse and Chaos“, in: *Nebraska Symposium on Motivation*, 17: 237-307.

Französische Zustände verstehen – ein Resümee der Proteste

Peter Imbusch

Weniger als sechs Wochen nach dem Ausbruch der Proteste in den Vorstädten Frankreichs ist auf Grund einer Mischung aus staatlicher Repression und gezielter Reaktion auf die Bedürfnisse der jugendlichen Protestierer offenbar wieder Ruhe in die *banlieues* eingekehrt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die strukturellen Bedingungen und Ursachen für den Protest entfallen wären, sondern lediglich, dass er sich gegenwärtig anders oder momentan gar nicht mehr artikuliert. Und es ermöglicht eine Art Resümee aus dem Geschehenen zu ziehen, das im Nachhinein bekanntlich immer klarer ausfällt als im Eifer des Gefechts.

1. Ursachen der Gewalt

Was bleibt also angesichts einer Eruption von Gewalt, deren Energie sich rasch entladen und dann die Proteste hat in sich zusammen fallen lassen? Was bleibt angesichts der Rückkehr der Jugendlichen in ihre „französischen Zustände“? Was bleibt vor allem von den offenen Fragen und Vermutungen über den Fall Frankreich und was lässt sich resümierend dazu sagen?

Zunächst einmal wäre festzuhalten, dass es nicht zur Herausbildung einer tragfähigen sozialen Bewegung mit ihren typischen Merkmalen, wie sie Lars Schmitt beschrieben hat, gekommen ist, sondern dass die Proteste ihren Ausgangspunkt eher in anomischen, akzidentell zusammengewürfelten Gruppen gefunden haben, deren Kohäsion mit der Verhaftung ihrer Rädelführer bzw. von anderen Mitgliedern der Gruppe stark gefährdet war. Weiterhin ist festzustellen, dass es kein blinder Hass war, der sich in gewaltsamen Protesten Bahn gebrochen hat, auch wenn die gewaltsame Zerstörung von Symbolen des französischen Staates im Mittelpunkt stand und die Protestierer keine politischen Ziele oder Forderungen benannt haben. Vielmehr waren es soziale Desintegration und die dauerhafte Exklusion aus verschiedenen Funktionsbereichen der Gesellschaft, die dazu geführt haben, dass bei den Protestierern die Aussichts- und Zukunftslosigkeit im „Aus der Vorstädte“ (Dubet/Lapeyronnie 1994) die Diskrepanz zu ihrem Bürgerstatus als Franzosen haben so groß werden lassen, dass sich diese schließlich gewaltsam Gehör verschafften. Dies haben die vorangegangenen Aufsätze gezeigt. Die Proteste sind also mehr ein Symptom für die in den letzten Jahren zunehmenden materiellen und sozialen Ausgrenzungen nicht unbeträchtlicher Teile der Bevölkerung unter sehr spezifischen Bedingungen gewesen als

einer allgemeinen Tendenz der fortschreitenden Neoliberalisierung von Gesellschaften zuzuschreiben – wenn hier auch einzelne Aspekte durchaus konvergieren können (Bourdieu 1998).

2. Konfliktsoziologische Einbettung

Dezidiert haben die Jugendlichen jedem Versuch widersprochen, aus dem Protest einen größeren Kulturkonflikt – dazu noch mit religiösem Bezug – zwischen islamischer und westlicher Kultur zu konstruieren. Religiöse Motive und entsprechende kulturelle Bruchlinien spielten offensichtlich für die Jugendlichen und ihr Handeln keinerlei Rolle, auch wenn es sich überwiegend um arabischstämmige Muslime handelt, denen in Zeiten nach dem „11. September“ häufig willkürlich religiöse Motive oder Antriebe für ihre Handlungen unterstellt werden. Vielmehr lassen sich die Proteste und der gewaltsam eskalierte Konflikt im Dahrendorfschen Sinne als ein moderner sozialer Konflikt begreifen, weil es dabei um die ungleichmäßige Durchsetzung von Bürgerrechten, undurchdringliche bzw. unüberwindbare Grenzen der Zugehörigkeit, die Diskrepanz zwischen bürgerrechtlich garantierten Anrechten und auf Grund der sozialen Lage nicht wahrnehmbaren Angeboten, die Gewährung zwar politischer Teilhabemöglichkeiten bei gleichzeitig starker ökonomischer Benachteiligung und damit um die Vorenthaltung von Lebenschancen für eine ghettoisierte Unterklasse geht (Dahrendorf 1994). Der Preis für die noch nicht realiter durchgesetzte Bürgergesellschaft – so würde Dahrendorf sagen – sind dann solche Konflikte, für die niemand ad hoc eine Lösung parat hat und die entsprechend anomisch verlaufen.

Brauchen wir also angesichts der „Krise der Politik“ (Bauman 2000) und der Vielzahl „verworfenen Leben“ (Bauman 2005) nicht einen neuen Gesellschaftsvertrag, der es der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr gestattet, ihre Abwehr- und Umverteilungsgefechte so wie in der Vergangenheit zu führen? Damit sind zuvörderst Fragen der Integration von Fremden und nach spezifischen Integrationspolitiken von Staaten berührt. Doch auch diesbezüglich stellt sich der französische Fall als komplizierter heraus, als er auf den ersten Blick erscheint: Frankreichs Integrationspolitik ist in vielerlei Hinsicht durchaus vorbildlich zu nennen. Dies beginnt mit den sukzessiven Einbürgerungswellen seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und reicht bis hin zu einer Vielzahl von Integrationshilfen. Zudem ist

zu bedenken, dass in den Vorstädten keine „Fremden“, sondern „Franzosen“ protestiert haben, so dass hier eine staatsbürgerrechtlich zumindest formal integrierte Gruppe protestierte, denen gleichwohl bestimmte ökonomische und soziale Anrechte vorenthalten bzw. verweigert wurden, wie auch Becker deutlich macht. In diesem Kontext wäre nicht zuletzt auch auf die problematischen Folgen sozialer Selbstexklusion hinzuweisen, die sich aus bestimmten strukturellen Zwängen und nicht wahrgenommenen eigenen Handlungsmöglichkeiten auf Grund der Orientierung an falschen Leitbildern (etwa *peer groups* etc.) ergeben und viel mit der eigenen Positionierung in der Gesellschaft zu tun hat (Giddens 1992).

3. Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse

Was ist schließlich aus der vermeintlichen Krise der Integrationspolitiken in Europa geworden und wie steht es um die Übertragbarkeit französischer Erfahrungen auf andere europäische Länder? Mit dem Abebben der Proteste scheinen sich auch die Besorgnisse der europäischen Nachbarländer Frankreichs zerstreut zu haben, in denen man schnell wieder zur Tagesordnung übergegangen ist, die von anderen Themen bestimmt wurde. Dies hat aber auch damit zu tun, dass das Ziehen allzu großer Parallelen auf Grund der Besonderheiten der einzelnen Länder analytisch in die Irre führen kann. Auf den deutschen Fall bezogen ist es zumindest kurz- und mittelfristig nicht sehr wahrscheinlich, dass wir mit französischen Zuständen konfrontiert sein werden (Ottersbach 2004). Dies liegt zum einen an den strukturell anderen Bedingungen für Migranten, zum anderen auch an den fehlenden Voraussetzungen für kollektiven Protest, wie er von Lars Schmitt, Ulrich Wagner und Jost Stellmacher analysiert wurde. Im Gegensatz zu Frankreich haben Migranten in Deutschland in den allermeisten Fällen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Daraus ergibt sich zunächst ob der drohenden Konsequenzen eine geringere Neigung zum gewaltsamen Protest, aber auch eine geringere Kluft zwischen berechtigten Ansprüchen dieser Menschen und den ihnen vorenthaltenen Chancen. Der größte Anteil der Migranten in Frankreich hat geringere Sprachschwierigkeiten und weist eine größere Bildungsbeteiligung auf als Migranten hierzulande. Die Migranten in Deutschland bilden zudem weder eine irgendwie geartete homogene Gruppe, deren Lebensumstände ähnlich oder auch nur vergleichbar wären, so dass sich Proteste aus der gemeinsamen Erfahrung von Benachteiligung ergeben könnten, noch sind ethnische Linien erkennbar, die eine kollektive Identitätsbildung erleichtern würden. Konflikte treten in Deutschland eher

zwischen einzelnen Migrantengruppen (etwa zwischen Russlanddeutschen und Türken) auf, als dass sie sich gegen den Staat oder die Mehrheitsgesellschaft richten. In Deutschland existiert zudem in viel höherem Maße als in Frankreich das Problem, dass Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit – insbesondere im Osten als Folge einer verfehlten Vereinigungspolitik – sozial und materiell ausgegrenzt sind, gleichwohl aber kein Protestpotenzial im eigentlichen Sinne herausbilden. Sie driften vielmehr nach rechts und bescheren rechtsextremen Organisationen Zulauf, weil diese sich scheinbar der schlechten sozialen Lage der Jugendlichen annehmen. In struktureller Hinsicht ist Deutschland von Ghettoisierungen in den großen Städten, wie sie etwa für die USA paradigmatisch und eben auch in Frankreich anzutreffen sind, weit entfernt (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004; Häußermann/Siebel 2004). Zwar gibt es auch in Deutschland marginalisierte Stadtquartiere, soziale Problemviertel und Brennpunkte mit einer hohen Belastung nach entsprechenden sozialen Indikatoren (z.B. Pfeiffer/Klemper/Braun u.a. 2005), aber diese Viertel sind weder abgehängte Stadtteile im klassischen Sinne, noch fallen sie aus den städtischen Integrationsbemühungen und politischen Maßnahmen auf lokaler Ebene heraus (Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2006). Die Kehrseite dieser Bemühung ist gleichzeitig eine größere Kontrolle und Überwachung der Bewohner dieser Viertel durch die sozialpolitischen Instanzen der Städte und Gemeinden, die es diesen aber zugleich ermöglichen, präventiv tätig zu werden. Dagegen gibt es in den *banlieues* weder eine öffentliche und nur begrenzt auch eine intakte private Infrastruktur, die diesen Namen verdienen würde. Von Ghettobildungen im eigentlichen Sinne oder von dramatischen Verwahrlosungen des öffentlichen Erscheinungsbildes der Städte, wie sie in Frankreich und den USA anzutreffen sind, kann also in Deutschland trotz mancher Probleme nicht die Rede sein.

In Frankreich wird nun viel davon abhängen, wie die Politik auf die neuerlichen Proteste reagiert, mit welchen Rezepturen sie den Krisentendenzen begegnen wird und wie flexibel und lernfähig sich die französische Gesellschaft in Bezug auf ihre eigenen, ihnen fremd gebliebenen Staatsbürger zeigt. Dass es nicht reichen dürfte, ein paar städtebauliche Verschönerungen in den *banlieues* vorzunehmen, hat sich inzwischen jedenfalls herumgesprochen.

Literatur:

Bauman, Zygmunt (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*, Hamburg.

Bauman, Zygmunt (2005): *Verworfenen Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne*, Hamburg.

Bourdieu, Pierre (1998): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz.

Dahrendorf, Ralf (1994): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, München.

Dubet, Francois/Didier Lapeyronnie (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart.

Giddens, Anthony (1992): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt/M.

Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt/M.

Häußermann, Hartmut/Martin Kronauer/Walter Siebel (2004): *An den Rändern der Städte*, Frankfurt/M.

Häußermann, Hartmut/Katrin L. Läger/Jens Wurtzbacher (2006): *Das dichte Netz der dünnen Fäden – Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt*, Wiesbaden.

Ottersbach, Markus (2004): *Jugendliche in marginalisierten Quartieren. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Wiesbaden.

Pfeiffer, Ulrich/Julia Kemper/Reiner Braun u.a. (2005): *Sozialraumanalyse Mainz*, Berlin.

CCS WORKING PAPERS

VORSCHAU

Derzeit sind CCS **WORKING PAPER** zu folgenden Themenbereichen in Vorbereitung:
(Arbeitstitel)

Multiple Christianities: Old Religions and New Conflicts in Europe and the USA
(Mathias Bös und Kai Hebel)

Zur gesellschaftlichen Funktion sozialer Konflikte
(Peter Imbusch)

Habitus-Struktur-Konflikt als Ansatz zur Systematisierung des Verhältnisses von Konflikten zu symbolischer Gewalt
(Lars Schmitt)

CCS **WORKING PAPERS** sind kostenlos als PDF-Dateien verfügbar unter
<http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/working-papers/>



Zentrum für Konfliktforschung
Philipps-Universität Marburg
Ketzertbach 11
35032 Marburg/Lahn
konflikt@staff.uni-marburg.de
www.uni-marburg.de/konfliktforschung
